



(Bürgermeister Sven Weigt)

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,

sehr geehrte Frau Duddenhofer von den BNN,

werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

werte Bürgerinnen und Bürger,

als wir die ersten Zahlen für den Haushalt 2020 im August und September dieses Jahres zusammengestellt hatten, waren meine Sorgenfalten deutlich größer als sie es heute sind. Leider sind sie noch nicht ganz geglättet, aber dennoch hat sich in den letzten Wochen einiges zum Positiven verändert, auf das ich später näher eingehen werde.

Voranstellen möchte ich allerdings meine Freude darüber, dass wir gemeinsam, Gemeinderat und Verwaltung nach einem sehr intensiven Meinungsbildungsprozess heute mit einer demokratischen Mehrheit einen neuen Haushalt verabschieden können, der die Grundlage für die Aufgabenerfüllung für das Jahr 2020 und darüber hinaus bildet. Immer wieder wird dieser Tage über das Hoheitsrecht des Gemeinderates im Zusammenhang mit der Haushaltsverabschiedung gesprochen. Ich möchte auf einen anderen, für mich sehr wichtigen Aspekt eingehen. Der Haushalt einer Gemeinde ist nach meinem Dafürhalten das Spiegelbild eines demokratischen Prozesses in einer Gemeinde, denn durch die Einigung auf die Bereitstellung von finanziellen Mitteln kann Politik erst

Realität werden. Es ist für mich selbstverständlich, dass bei der Aufgabenvielfalt einer Gemeinde ein Haushalt immer auch aus Kompromissen bestehen wird und die große Kunst beherrschen muss, möglichst viele Interessen zu vereinen sowie Akzeptanz für den Einsatz der personellen und finanziellen Ressourcen schaffen muss. Auch für mich als Bürgermeister wäre es wünschenswert, den Menschen all ihre Ideen zu ermöglichen. Ehrliche und realistische Kommunalpolitik bedeutet aber vor allem auch, dass man den Menschen nicht alles versprechen kann und immer wieder dafür werben muss, dass bei begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen unter Beachtung der Interessen aller Generationen Prioritäten gesetzt werden müssen. Auch ich als gewählter Bürgermeister kann nicht davon ausgehen, dass sich meine Ideen verwirklichen lassen. Ich bin mit einer Stimme Teil eines gewählten Gremiums und muss für meine Positionen gleichermaßen werben. Am Ende zählt die große Linie einer Gemeinde, für die wir noch mehr Verantwortung tragen, als für die persönliche Idee, denn die Gemeinde muss an erster Stelle ihre Pflichtaufgaben erfüllen und kann sich danach unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit den freiwilligen Aufgaben widmen. Die Leistungsfähigkeit kommt jedoch nicht von selbst! Um die dafür notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen zu können, ist immer eine ganzheitliche und intensive Betrachtung aller Aufgaben erforderlich. Dabei können wir leider nicht nur auf unser eigenes Handeln schauen, sondern müssen immer sehr genau die allgemeinen Rahmenbedingungen beachten und diese nach bestem Wissen und Gewissen in die Zukunft projizieren. Meine eingangs erwähnten Sorgenfalten rühren daher, dass sich eben diese Projektion nicht mehr so positiv darstellt, wie in den letzten Jahren. Wir haben uns an die Meldungen über ständig steigende Steuereinnahmen gewöhnt und den

Gedanken des stetigen Wachstums liebgewonnen. Dass dies einmal enden wird war zu erwarten und auch fast jeder Haushaltsrede immer wieder zu entnehmen. Leider ist der Zeitpunkt nunmehr gekommen. Inwieweit wir unsere Zukunftsprognosen allerdings korrigieren müssen, kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht genau vorhergesagt werden. Deshalb bin ich immer wieder stolz darauf, dass wir vor 12 Jahren damit begonnen haben, unsere Prognosen nach den uns zur Verfügung stehenden Erkenntnissen über die gesetzlich vorgeschriebene Mittelfristige Finanzplanung hinaus zu erstellen, um einen langfristigen Trend sowie die Auswirkungen unserer Entscheidungen aufzeigen zu können. Auf dieser Basis hatten wir uns darauf verständigt, dass wir für eine angemessene Aufgabenerfüllung einen Überschuss im Verwaltungshaushalt von mindestens 1,5 Millionen EUR erwirtschaften müssen. Dies haben wir mehr als erfolgreich in den letzten Jahren umgesetzt. Auch der erste Doppische Haushalt der Gemeinde im Jahr 2019 hat mit einem positiven Ergebnis von über 1,4 Mio. EUR im Ergebnishaushalt dieses Ziel erreicht, denn nach Abzug der Abschreibungen, um die Zahlen vergleichbar zu machen, stehen rund 2,5 Mio. EUR und in der mittelfristigen Finanzplanung ebenfalls ein deutliches Plus.

Nach den genannten ersten Prognosen hätten wir 2020,2021 und 2022 mit einem deutlichen Minus und erst wieder 2023 mit einem Überschuss rechnen können. Hinzu kam auf Grund dieser Entwicklung eine prognostizierte zusätzliche Verschuldung von rund 6,5 Millionen EUR, die die Leistungsfähigkeit unseres Haushaltes überschritten hätte.

Parallel dazu hat sich eine hitzige Diskussion zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Land Baden-Württemberg entwickelt, weil abermals die Finanzverhandlungen zwischen dem Land Baden-Württemberg und den Kommunalen Spitzenverbänden vor der

Einbringung des Landeshaushaltes gescheitert waren. Vielleicht erinnern Sie sich, dass ich im letzten und vorletzten Jahr eine ähnliche Passage in meine Haushaltsrede aufgenommen hatte, weil für mich unvorstellbar war, wie weit sich Landespolitik von den Gemeinden entfernt hatte, nach dem zwei Jahre zuvor die gemeinsame Finanzkommission zur Erstellung des Landeshaushaltes gescheitert war. Seinerzeit ging es mit der einseitigen Vorwegentnahme des Landes aus der Kommunalen Finanzmasse vermeintlich um kommunales Geld. Glücklicherweise konnte dies mit einiger Anstrengung im Nachtragshaushalt wieder korrigiert werden. Damit war auch die Hoffnung verbunden, dass die Finanzbeziehungen wieder in der gewohnten Art und Weise positiv belebt werden können. In diesem Jahr entbrannte sich der Streit im Besonderen nicht an kommunalen Aufgabe, sondern an Kosten für Asyl und dem Bundesteilhabegesetz (BTHG). Nach Ansicht der kommunalen Spitzenverbände handelt es sich dabei nicht um kommunale, sondern um staatliche Aufgaben. Man wollte die Landkreise und Gemeinden im Regen stehen lassen, sodass die kommunale Seite für wesentliche Mehrausgaben, die mit der Flüchtlingskrise seit 2015 in verschiedene Art und Weise entstehen, hätte aufkommen müssen. Beim Bundesteilhabegesetz, so wie das Gesetz es auch schon im Namen trägt, handelt es sich um ein Bundesgesetz und es war und ist bisher nicht klar, welche finanziellen Auswirkungen damit verbunden sind. Das ursprüngliche Ziel des Gesetzgebers sei es gewesen, für Menschen mit Handicap die Regelungen kostenneutral umzusetzen, ihnen aber dennoch mehr Möglichkeiten der Teilhabe einzuräumen. Ein sehr gutes Ziel! Jedoch zeigte sich relativ schnell bei der Umsetzung des Gesetzes, dass die individuelle Teilhabe nicht ohne enorme Kostensteigerungen zu realisieren ist. Die Risiken hätten die Gemeinden über die Kreisumlage abdecken müssen. Darüber hinaus ging es u.a. auch um

Betreuungskosten.

Glücklicherweise hat das Land Baden-Württemberg in der letzten Woche eingelenkt, sodass die kommunale Seite nicht gezwungen ist, das Land zu verklagen, denn dazu wären wir dieses Mal bereit gewesen. Gerne hätte ich mich heute Abend bei beiden Regierungsfractionen offiziell bedankt. Leider war nach meiner Kenntnis die zuständige Finanzministerin ohne den enormen Druck der Spitzenverbände und des Koalitionspartners nicht zu bewegen, doch noch einer Einigung zuzustimmen.

Darüber hinaus konnten verschiedene Zahlen mittlerweile weiter konkretisiert und angepasst werden, sodass der heute zur Verabschiedung stehende Haushalt im Ergebnis einen Überschuss von rund 336.400 EUR ausweisen kann. Unter Berücksichtigung der erwirtschafteten Abschreibungen und der zu erwartenden Verbesserung bei der Umsatzsteuer und der Bezuschussung unserer Kindergärten erreichen wir damit knapp unser Ziel von 1,5 Millionen EUR. Dies ist bei den geänderten Rahmenbedingungen aus meiner Sicht kein schlechtes Ergebnis, wenn man berücksichtigt, dass im Ergebnishaushalt nach unseren intensiven Vorarbeiten für das Straßensanierungsmanagement pauschal 600.000 EUR Mehrausgaben vorgesehen sind. Ebenso haben wir für die Sanierungsmaßnahmen im Hochbau 934.000 EUR bereitgestellt, die im Einzelfall vom Gemeinderat noch zu beraten und zu beschließen sind. Beides sind Haushaltsansätze, die über das in den vergangenen Jahren angesetzte Budget deutlich hinausgehen, sodass man 2020 nunmehr von einem guten Haushalt sprechen kann. Einzige Sorge bei dieser Formulierung bleibt für mich, dass Landespolitiker an oberster Spitze sich darin bestätigt sehen könnten, dass sie Zitat: „Kommunen mit Geld vollstopfen“, so die Ausführungen des Landrates

Dr. Schnaudigel bei der Einbringung des Kreishaushaltes vor wenigen Wochen. Der Haltung dieser Landespolitiker widerspreche ich eindeutig, denn sie haben die Aufgaben der Städte und Gemeinden nicht verstanden oder wollen diese nicht verstehen. Wenn wir beispielsweise die genannten 600.000 EUR für die Sanierung unsere Straßen und Gehwege sowie die genannten runden 900.000 EUR im Hochbau bereitstellen müssen zeigt dies nur eindrucksvoll auf, dass wir, wie viele andere Kommunen einen erheblichen Sanierungsstau und in der Sprache des Landes zu bleiben die sog. „Impliziten Schulden“ abarbeiten müssen. D. h. nicht, dass wir in den letzten Jahren inaktiv waren, sondern unsere enormen Anstrengungen der Vergangenheit haben eben nicht gereicht, um diese Defizite abzuarbeiten. Nach wie vor gilt die Regel, dass auch Gemeinden Überschüsse erwirtschaften müssen, um ihre Leistungsfähigkeit dauerhaft zu gewährleisten. Da hilft auch kein Vergleich mit anderen Bundesländern, der richtigerweise aufzeigt, dass es den Kommunen in Baden-Württemberg vergleichsweise bessergeht als anderen. Die zweite Seite der Medaille ist nämlich, dass in Kommunen in anderen Teilen Deutschlands oder deren Landesregierungen auch enorme Fehler gemacht wurden. Wir Gemeinden in Baden-Württemberg wollen nicht an den Fehlern anderer gemessen werden, sondern wollen auch in Zukunft Vorbild bleiben! Das wird nicht leicht werden, denn wir müssen leider davon ausgehen, dass uns Bund und Land weiterhin Aufgabenzuwächse bescheren und wir um die Konnexität kämpfen müssen.

Mit Blick auf die anstehenden Investitionen kommen auch wir nach einer langen Phase der Schuldentilgung nicht umhin, weitere Darlehen ab 2021 aufnehmen zu müssen. Diese bewegen sich nach derzeitigem Stand bei rund 3,6 Millionen und sind mit Blick auf die zu tätigen

Investitionen in Höhe von rund 25,1 Million EUR als vertretbar und generationengerecht anzusehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Haushaltsjahr 2020 ist wie in den vergangenen Jahren davon geprägt, dass wir uns auf bereits begonnene Projekte konzentrieren bzw. die Projekte umsetzen, die im Rahmen der politischen Diskussion bereits intensiv vorbereitet worden sind. Dies ist ein Zeichen dafür, dass wir Projekte nicht im Rahmen von Haushaltsjahren denken können, denn sich ständig ändernde Rahmenbedingungen, langwieriger Prozesse und intensive Bürgerbeteiligungen sowie Schwierigkeiten in der Baukonjunktur machen es fast unmöglich Zeitpläne sowie Kostenschätzungen und -berechnungen exakt zu erarbeiten geschweige denn einzuhalten.

Dies mussten wir beispielsweise auch beim neuen **Feuerwehrgerätehaus** erfahren. Gemeinsam mit den Kameradinnen und Kameraden ist es uns eindrucksvoll gelungen die Feuerwehr zusammenzulegen und zukunftsfähig zu machen. Dass wir bei der Realisierung des gemeinsamen Feuerwehrhauses dann doch so zeitlichen in Verzug geraten sind, war für uns nicht vorhersehbar. Glücklicherweise können wir nunmehr feststellen, dass wir im ablaufenden Jahr die Grundstücksverhandlungen sowie das Bebauungsplanverfahren weitgehend abschließen können, sodass grundsätzlich dem Bau des Feuerwehrhauses nichts mehr im Wege steht. Nachdem das Architektenauswahlverfahren ebenfalls erfolgreich verlief, können wir seit vielen Wochen über einen sehr gelungenen

Entwurf mit den Fachplanern beraten. Leider zeichnet sich allerdings immer mehr ab, dass die ursprünglich prognostizierten 4,5 Millionen EUR auf der Basis einer Kostenschätzung der Kommunalentwicklung nicht ausreichen werden. Trotz der bereits beschlossenen Einsparung eines Stellplatzes und der deutlichen Reduzierung der Kubatur wird am Ende bei der Kostenberechnung leider ein anderes Ergebnis stehen. Der Nachteil solcher Prozesse ist, dass zunächst nur eine grobe Kostenschätzung vorliegt und erst nach einer konkreten Planung bis Leistungsphase 3 belastbare Zahlen im Rahmen der Kostenberechnung vorliegen.

Ein zentrales Thema in den letzten Monaten war die **Gestaltung beider Ortsmitten im Rahmen der Diskussion um die Zukunft der Rathäuser**. Nach wie vor ist die Verwaltung der festen Überzeugung, dass nach einer jahrelangen intensiven Beratung mit dem Gemeinderat ein sehr gelungener Entwurf in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Selbstverständlich gibt es Menschen, die bei Veränderungen Befürchtungen zum Ausdruck bringen, die wir natürlich ernst nehmen. D. h. aber nicht, dass der Entwurf und die Idee schlecht sind, sondern dass wir im Detail bei dem Angebot für unsere Bürgerinnen und Bürger wichtige Leistungen auch in Zukunft anbieten werden, allerdings maßgeschneidert, bedarfsgerecht und zukunftsorientiert. Mit der Zusammenlegung beider Rathäuser können wir ein leistungsfähiges Verwaltungsgebäude realisieren, das nach unseren Erkenntnissen für die nächsten Generationen die richtige Antwort ist. Ob die Entscheider in 40 Jahren genauso darüber denken, kann heute natürlich nicht gesagt werden. Wir möchten denen aber auch keine Verpflichtung übergeben, denn auch wir kennen die Rahmenbedingungen für die nächsten Jahrzehnte nicht. In Neuthard soll der langersehnte Dorfmittelpunkt mit einer städtebaulichen Identifikation entstehen, der aus meiner Sicht eine

deutliche Aufwertung der Ortsmitte darstellt und für die Menschen einen wesentlich größeren Nutzen bietet. Mit den Krabbelgruppen im Rathaus können wir einem sehr attraktiven Angebot für junge Familien den dringend notwendigen Raum zur Verfügung stellen, der die bereits bestehende konzeptionelle hohe Qualität auch räumlich unterstützt. Mit den Fraktionsräumen des Gemeinderates würde das Gebäude seiner Geschichte Rechnung tragen, denn es würde Kinder und Politik vereinen, so wie die Nutzung des Gebäudes in seiner Geschichte war. Ein Haus der Vereine, Betreutes Wohnen und, sofern notwendig, der Bau eines Kindergartens würden den Generationenplatz abrunden und einen Dorfplatz schaffen, der Menschen zur Begegnung einlädt. Selbstverständlich muss in der weiteren Detailplanung ein Platz entwickelt werden, der den Menschen auch diese Begegnung ermöglicht. Wenn sich dann im privaten Bereich ein gastronomisches Angebot entwickeln sollte, wäre dies sehr wünschenswert. Aus der Bürgerversammlung wurden Wünsche formuliert, dass auch Dienstleistungen der Gemeinde möglichst dezentral angeboten werden könnten. Die Verwaltung hat danach den Begriff „Rathaus On Demand“ entwickelt, welches aus unserer Sicht die richtige Antwort sein könnte. Dienstleistungen die dezentral nachgefragt werden sind insbesondere die Sprechtag des Bürgermeisters, die Rentenberatung, die Beratung des Tageselternvereins oder des Pflegestützpunktes, die auch zukünftig in Neuthard abgehalten werden könnten. Gerne auch vereinbarte Termine mit den Verwaltungsmitarbeitern, denn die Mobilität unserer Mitarbeiter ist nicht eingeschränkt und es ist völlig problemlos möglich, wenn im Einzelfall ein Besprechungstermin in dem der Öffentlichkeit gewidmeten Gebäude stattfinden kann. Darüber hinaus haben wir bereits heute ein mobiles Bürgerbüro, welches bei eingeschränkter Mobilität jedem Einwohner die Leistungen auch in den eigenen vier

Wänden anbieten kann. Auch an einem Briefkasten wird es nicht fehlen. Auf diese Überlegungen werden wir selbstständig bei der Grundsatzentscheidung nochmals intensiv eingehen, die wir im nächsten Jahr gerne gemeinsam mit Ihnen treffen möchten.

Auch die **Wasserenthärtungsanlage** ist ein schon lang konzipiertes Projekt, das nun endlich in die Realisierungsphase eintreten wird. Nach dem Grundsatzbeschluss des Gemeinderates waren die entsprechenden Detailplanungen und die Genehmigungsplanung anzufertigen, sodass wir nur noch auf die Erteilung der Baugenehmigung warten, um umgehend ausschreiben zu können. Sofern die Konjunktur uns keinen Strich durch die Rechnung macht, könnte mit der Fertigstellung im 3. Quartal 2021 gerechnet werden.

Im Bereich der **Betreuung** haben wir bereits angedeutet, dass möglicherweise der Neubau eines weiteren Kindergartens erforderlich sein könnte. Auch hier ist die Zukunftsprognose nicht ganz leicht zu erstellen. Bei dem Betreuungsangebot für Kinder ab drei Jahren ist dies eher möglich, da die Kinder heute schon auf der Welt sind und 95 Prozent dieser Kinder ein Betreuungsangebot nutzen. Lediglich die Art des Angebotes ist offen. In den letzten Jahren haben wir schon erhebliche finanzielle Mittel aufgewendet, sodass moderne Betreuungskonzepte in jedem Kindergarten umgesetzt werden könnten. Unsicher ist die Nachfrage im Bereich der unter Dreijährigen. Sehr erfreulich ist, dass auch in Karlsdorf-Neuthard die Geburtenrate steigt. Wie viele Kinder aber mit einem oder zwei Jahren ein Betreuungsangebot nutzen werden, kann sehr schlecht prognostiziert werden. Zumindest ist ein Trend erkennbar, dass die vor Jahren gestellte

Prognose für die Zweijährigen sich durchsetzen wird. Nahezu 80 % der Zweijährigen werden unserer Einrichtungen besuchen. Für jüngere Kinder ist nach wie vor eine Prognose nur sehr schwer möglich. Problematisch ist dabei vor allem, dass wir mit dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz lediglich sechs Monate Zeit haben, ein Betreuungsangebot zu unterbreiten. Sofern sich der von uns erkennbare Trend fortsetzen würde, wäre der Bau eines weiteren Kindergartens unausweichlich. Inwieweit das Tigerentenmodell oder die von uns bereits beschlossene Unterstützung von Tageseltern eine Entlastung darstellen kann, kann noch nicht verifiziert werden. Insofern bleibt dies eine sehr spannende Aufgabe und wird den Gemeinderat in den nächsten Monaten noch intensiver beschäftigen.

Im Bereich der **Schulen** beschäftigen wir uns nach wie vor mit der Frage des Aufgabeverfahrens, dessen erfolgreicher Abschluss für einen Neubau einer Grundschule in Karlsdorf zwingend notwendig ist. Im Sommer hatte bereits ein Termin der Schulbaukommission stattgefunden. Obwohl die Verwaltung die noch gewünschten Unterlagen innerhalb von wenigen Tagen nachgereicht hatte, war abermals ein Termin in der letzten Woche notwendig. Wir rechnen nunmehr mit einer kurzfristigen Entscheidung und hoffen nach wie vor, dass wir aus konzeptionellen und wirtschaftlichen Gründen einen Neubau realisieren können, der bereits in der mittelfristigen Finanzplanung finanziert ist. Eine Sanierung des Gebäudes ist aufgrund der statischen Situation nur mit erheblichen Mehraufwendungen möglich. In Bezug auf die Realschule entwickeln wir immer noch einen entsprechenden Antrag, der im Rahmen der Richtlinien erfolgsversprechend sein soll. Wir haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass ein solcher Antrag im Rahmen der regionalen Schulentwicklung sehr gut vorbereitet sein muss, um

überhaupt eine Chance eingeräumt zu bekommen. Aufgrund der Komplexität ist die Verwaltung hier noch in einer Bringschuld. Sehr erfreulich ist die Entwicklung der „Flexiblen Kommunalen Ganztageschule“. Bei der vom Land vor Jahren eingeführten gebundenen Ganztageschule hatten wir uns für einen anderen Weg entschieden, denn mit der Einführung der flexiblen Kommunalen Ganztageschule wollten wir den Familien ein maßgeschneidertes Angebot unterbreiten, welches den individuellen Bedürfnissen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie am besten Rechnung tragen kann. Die hohe Nachfrage gibt uns dabei recht, genauso wie die nunmehr avisierte Umstellung der Landesförderung. Auch die Landesregierung hat mittlerweile erkannt, dass solche Konzepte den Bedürfnissen der Menschen eher Rechnung tragen, weshalb auch wir wieder eine höhere Förderung erhalten werden.

Es freut mich außerordentlich, dass der Gemeinderat noch im November den Weg frei gemacht hat für den EEA. In der Vorlage dazu hatte die Verwaltung geschrieben, dass wir damit die Maßnahmen in der Gemeinde konzeptionell noch besser umsetzen und vor allen Dingen bilanzieren können. Wir wollen damit einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten. Im Zuge der internationalen Klimapartnerschaft mit unserer Partnergemeinde Guabiruba erhalten wir auch für die Partnerschaft eine ganz neue Qualität. Was der UN Klimagipfel im Großen ist, können kommunale Klimapartnerschaften im Kleinen sein, so der Grundgedanke solcher internationalen Klimapartnerschaften. Denn wie bei vielen anderen Politikfeldern findet die Wirklichkeit in den Städten und Gemeinden statt.

Im Bereich der **Glasfaserversorgung** ist leider etwas Stillstand

eingetreten. Nach wie vor sind die politischen Rahmenbedingungen nicht so, dass zeitnah mit einer Realisierung einer Vollverlegung gerechnet werden kann, denn die enormen Investitionen der Kommunen werden durch die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht abgesichert. Große Marktanbieter versprechen immer noch viel. Wenn dies alles eingehalten werden würde, hätte in Deutschland aber ein eine wesentliche Verbesserung eintreten müssen. Schon an dieser Formulierung erkennen Sie, dass die Marktanbieter aus meiner Sicht diese Aufgabe nicht erfüllen werden, weshalb wir weiter um eine Verbesserung der Rahmenbedingungen kämpfen.

Seit diesem Jahr können wir glücklicherweise wieder intensiv von der **Stadtbahn** träumen. Im Rahmen der Klimadiskussion hat das Land Baden-Württemberg die Prüfung stillgelegter Bahntrassen angeregt. Dem hatten wir gleichgesetzt, dass quasi auch stillgelegte Stadtbahnprojekte mit geprüft werden könnten. Parallel dazu hatten wir erfahren, dass die für eine notwendige Förderung positive standardisierte Bewertung angepasst werden wird. Im Detail hat die Verwaltung in der entsprechenden Vorlage zu diesem Thema Stellung genommen. Auch wenn dieses Projekt für uns alle ein zentraler Schlüssel für eine weitere erfolgreiche Entwicklung der Gemeinde sein kann, so geht es nicht darum schnellstmöglich einen Planungsauftrag zu erteilen, solange die Planungsgrundlagen nicht klar sind. Es gilt immer noch Besonnenheit vor Geschwindigkeit bei einem Projekt, das bereits seit drei Jahrzehnten bearbeitet wird. Aktuell gibt es lediglich politische Äußerungen, dass sich die standardisierte Bewertung in verschiedener Sicht verändern wird, mit dem Ziel mehr Schienenprojekte realisieren zu können. Im Detail sind diese Dinge jedoch nicht ausformuliert. Selbstverständlich haben alle Beteiligten die Rahmenbedingungen fest

im Blick, um ohne Zeitverzögerung die aktuellen Chancen nutzen zu können. Der Landkreis wird deshalb im Haushalt 2020 entsprechende Mittel mit 500.000 EUR bereitstellen. Ich danke für die Anregung, dass auch wir im Haushalt 2020 für mögliche Planungskosten von Karlsdorf-Neuthard einen Haushaltsansatz vorsehen. In welcher Höhe diese letztendlich notwendig sein werden, kann jedoch nicht vorhergesagt werden. Im Übrigen darf ich auf die entsprechende Vorlage verweisen. Ohne die Euphorie bremsen zu wollen möchte ich allerdings noch darauf hinweisen, dass mit Blick auf die Ergebnisse der letzten standardisierten Bewertung sowie der Potenzialstudie kein leichter Weg vor uns liegt und es enormer Anstrengungen bedarf, um eine Verbesserung der Standardisierten Bewertung zu erreichen. Deshalb wird es auf Basis der neuen Rahmenbedingungen eine intensive Auseinandersetzung mit den bisherigen Annahmen geben müssen. Unabhängig davon entwickelt sich der im ÖPNV in den Städten und Gemeinden ständig weiter. Stichpunkte sind die Einführung des Nightliners auf der Linie 125 zum Fahrplanwechsel, den ich mit meiner Fraktion im Kreistag beantragt hatte. On Demand Angebote sollen als moderne Antwort zum Anruf-Sammeltaxi künftig bei neuen Ausschreibungen mit geprüft und berücksichtigt werden. Beim Stichwort Regiomove sollen alle Verkehrsangebote in einer App vernetzt werden, um nur einige Stichpunkte zu nennen. Hinzu kommt der barrierefreie Ausbau der Haltestellen. Entscheidend ist natürlich auch ein attraktives Preisangebot, weshalb der Landkreis aktuell ein neues Tarifsystem prüft und eine sogenannte „homezone“ einführen möchte. Dies ist sicherlich mit dem Wunsch eines 365 EUR Tickets abzuwägen und wird in den nächsten Wochen und Monaten die politische Diskussion im Landkreis bestimmen.

In den Medien vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über den Wohnraummangel berichtet wird. Eine aktuelle Prognose des Gemeindetages geht von einem Wachstum in Baden-Württemberg bis 2035 aus. Interessant dabei ist, dass dieses Wachstum eben nicht nur in Städten stattfindet, sondern auch in den Gemeinden von Baden-Württemberg, sodass auch wir in Karlsdorf-Neuthard von einem weiteren Wachstum ausgehen müssen. Auch wenn dies immer wieder bezweifelt wird, so kann die Verwaltung den Wohnraumbedarf nicht ignorieren und muss sich um die Schaffung von Wohnraum kümmern. Wir möchten auch den Menschen eine Stimme geben, die dringend nach Wohnraum suchen, egal ob der Wunsch nach einer Wohnung oder einem Eigenheim besteht. Das eine ist dabei landespolitisch das Ideal „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ zu definieren. Wie bei vielen anderen Politikfeldern ist es aber in der Lebenswirklichkeit nicht ganz so einfach diese Ideale umzusetzen. Menschen haben Angst vor Veränderung und Innenentwicklung bedeutet zweifelsohne Veränderung im persönlichen Lebensumfeld. In Karlsdorf-Neuthard geht es bei dieser Frage nicht darum alles zuzubauen, so wie von manchen befürchtet, sondern das landespolitische Ziel „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ maßvoll zu realisieren. Diese Flächen werden aber bei weitem nicht ausreichen, um dem Wohnraumbedarf insbesondere auch nach Einfamilienhäusern zu decken, sodass im Jahr 2020 das Angebot von weiteren Baugrundstücken fester Bestandteil der Gemeinderatssitzungen sein wird.

Daneben werden wir als Gemeinde endlich auch selbst in die Realisierung von Wohnraum eintreten und versuchen für die Menschen ein Angebot zu unterbreiten, dass unter dem durchschnittlichen Mietpreis liegen kann. Mit ständig steigenden Qualitätsansprüchen an das Bauen, macht dies das Bauen definitiv teurer und die Realisierung von

Mietwohnungen unterhalb der ortsüblichen Mietpreise fast unmöglich. Wir haben gemeinsam hierzu eine Idee entwickelt, die wir gerne im nächsten Jahr umsetzen möchten.

Sehr intensiv werden wir uns im nächsten Jahr auch mit unserem **Straßensanierungsmanagement** und der **Hochbausanierung** beschäftigen. Bereits mehrfach haben wir darüber informiert, dass wir durch intensive Vorarbeiten nunmehr ein Straßensanierungsmanagement aufsetzen können, um mittelfristig eine deutliche Verbesserung herbeizuführen. Für den Hochbau hat die Fachabteilung 79 Maßnahmen geplant die ebenfalls intensiv mit dem Gemeinderat besprochen werden.

Beim **Asyl** ist glücklicherweise keine weitere Steigerung in Sicht, allerdings ist erwartungsgemäß die Aufgabe der Betreuung und Integration von Flüchtlingen eine Daueraufgabe geworden, der wir uns stellen müssen. An dieser Stelle möchte ich mich bei den vielen ehrenamtlichen Helfern bedanken, die uns seit Jahren treu zur Seite stehen und ohne die wir dies Aufgabe nicht erfolgreich bewältigen könnten.

Die ehrenamtliche Tätigkeit ist darüber hinaus in allen Bereichen der Gemeinde eine tragende Säule, auf die wir nicht verzichten möchten. Deshalb freue ich mich, dass auch in diesem Haushalt der Vereinsförderung eine hohe Priorität eingeräumt wird und diese auf dem gleichen guten Niveau wie in den letzten Jahren erhalten bleibt.

Die in meiner Haushaltsrede angesprochenen Projekte können selbstverständlich nicht vollzählig sein, sondern bilden nur einen Auszug der umfangreichen Aufgaben, denen sich Gemeinderat und Verwaltung

stellen. Es ist guter Brauch, dass wir gemeinsam in der Klausurtagung bereits Prioritäten und Zeitpläne absprechen, sodass sich beide Seiten bei der Realisierung darauf einstellen können. Dies ist deshalb auch sehr wichtig, weil wir nicht nur an den Projekten gemessen werden, die wir erfolgreich umsetzen, wie zum Beispiel den Bau von betreuten Wohnungen oder die Erweiterung des Pflegeheimes, den Bau der zweiten Sporthalle, den Anschluss des Sieben-Erlen-Sees und das TV Sportplatzes an die zentrale Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Entwicklung des Gerster Areals, die Sanierung der Kreisstraße in Auftrag des Landkreises, die Auszeichnung für den schönsten Kreisel in Baden-Württemberg oder die erfolgreiche Einführung der Kommunalen Doppik ohne jegliche Verzögerung der allgemeinen Abläufe, um nur einige Beispiele zu nennen. Wir werden je nach Priorität des Betrachters auch an dem gemessen was wir nicht schaffen, weshalb ich als Chef der Verwaltung darauf achten muss, dass die finanziellen und personellen Ressourcen der Gemeinde effizient eingesetzt werden. Wir müssen auch Zeit dafür haben, um die Entwicklung der Güterverkehrsstrecke fest im Blick zu behalten oder die Situation im Pfinzkanal oder die Entwicklung im Kammerforts. Aber genauso wichtig sind die kleinen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, die sich mit 1000enden Fragen per Mail an die Verwaltung wenden, wenn beispielsweise der Mülleimer nicht geleert wurde, die Straßenlampe nicht leuchtet, der Gullideckel vor dem Haus klappert oder viele andere Fragen. Wir wollen unserer Grünflächen ökologisch aufwerten. Der FC bittet um Prüfung der Verlagerung seines Sportgeländes. Immer häufiger müssen wir uns bei drohender Obdachlosigkeit um Menschen kümmern. Die Aufzählung der Tätigkeiten, die nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit stattfinden aber genauso wichtig sind könnte ich noch mühelos fortsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
zu den Anträgen verweise ich auf die entsprechende Vorlage und werde
später dazu Stellung nehmen und möchte mit meinen allgemeineren
Ausführungen zum Ende kommen und mich noch kurz den einzelnen
Zahlen widmen:

Ergebnishaushalt:

Im nunmehr vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes 2020 wird vom Ergebnishaushalt mit einer Summe von 25.773.400 € ein ordentliches Ergebnis in Höhe von 336.400 € erwirtschaftet. Der mit dem Vorjahr vergleichbare Zahlungsmittelüberschuss (= Zuführung an den Vermögenshaushalt) beträgt 1.312.700 € und unterschreitet damit das Vorjahresergebnis um 1.037.700 €.

Auf der Einnahmeseite vermindern sich insbesondere die Schlüsselzuweisungen um 422.500 €. Der Ansatz für die Gewerbesteuer wurde mit 3,8 Millionen € um 400.000 € gegenüber dem Vorjahreswert erhöht. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und die Vergnügungssteuer (trotz Erhöhung des Steuersatzes) liegen leicht unter dem Vorjahresansatz.

Die Einnahmen aus Gebühren ändern sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig obwohl bei den Abwassergebühren rd. 145.000 € Mindereinnahmen aus der Senkung des Gebührensatzes eingeplant wurden.

Hervorzuheben sind auch die Verbesserungen bei den Zuweisungen des Landes für unsere Kindergärten. Hier konnten die Kommunalverbände in Verhandlungen mit dem Land im Vorjahr erreichen, dass nunmehr auch die Zuschüsse für den Ü3 Bereich in den Jahren 2019 – 2021 schrittweise nahezu verdoppelt werden. Für das Haushaltsjahr 2020 rechnen wir mit Mehreinnahmen in Höhe von 100.000 €. Noch nicht eingeplant ca. 60.000 für Leitungsfreistellung.

Auf der Ausgabenseite sind als wesentliche Änderungen gegenüber 2019 vor allem die Erhöhung des Unterhaltungsaufwands für öffentliche

Gebäude und Straßen mit einem Mehrbedarf in Höhe von 321.100 € zu nennen.

Der Ansatz für Zuschüsse an die Kindergärten erhöht sich um 197.300 € bzw. 5,27 %. 17 Die Finanzausgleichsumlage an das Land erhöht sich entsprechend den verbesserten Einnahmen im Rechnungsjahr 2018 um 276.400 €; die Kreisumlage erhöht sich um 375.300 € wobei der Hebesatz wie im Vorjahr mit 30 % kalkuliert wurde.

Die Personalkosten belaufen sich im Haushaltsjahr auf 4.829.900 €, das sind 18,74 % des Ergebnishaushalts. Den veranschlagten Personalaufwendungen wurde eine Tarifsteigerung bei den Beschäftigten in Höhe von 1,54 % und bei den Beamten eine Erhöhung in Höhe von 3,2 % zugrunde gelegt. Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich der Aufwand um 155.000 € oder 3,32 %.

Zur Finanzierung des Haushaltes 2020 wird keine Darlehensaufnahme notwendig werden, so dass der Schuldenstand auf voraussichtlich 220,90 € je Einwohner zum Ende des Jahres 2020 sinken würde. Die durchschnittliche Verschuldung der Gemeinden von 10.000 bis 20.000 Einwohnern in Baden-Württemberg betrug zum 31.12.2017: 378 €/Einwohner.

Zusammen mit den beiden Eigenbetrieben Wasserversorgung und Kommunaler Wohnungsbau betrug die Pro-Kopf Verschuldung 605 €; im Landesdurchschnitt beträgt dieser Wert 942 €.

An Grundstücksverkäufen wurden 391.100 € veranschlagt.

Zum Ausgleich des Finanzhaushalts werden noch Zuschüsse des Bundes und des Landes in Höhe von 76.600 € und Erschließungsbeiträge in Höhe von 365.800 € eingeplant. 18

Insgesamt sieht der Haushaltsplan 2020 Investitionen in Höhe von 3.097.100 € vor:

Maßnahme	Einzahlungen	Auszahlungen
Rathäuser Erw. bew. Einr.		37.000 €
Rathaus OTK San. Planung (Gesamt 4.5 Mio. €)		50.000 €
Brandschutz Erw, bew. Einr.	6.600 €	96.600 €
Neubau Feuerwehrhaus (Gesamt 5 Mio.€)		200.000 €
Sebastianschule		57.700 €
Schönbornschule (Neubau gesamt 7,8 Mio. €)		108.100 €
Kindergärten		26.000 €
Vereine Investitionsförderung		28.400 €
Altenbürgerhalle		5.500 €
Leichtathletikstadion - Diskusgitter		9.000 €
Biotope/Spielplätze		60.000 €
SSP Programm OTN		43.000 €
Abwasserbeseitigung	85.800 €	269.100 €
Abwasserkanal Amalienstr.		200.000 €
Abwasseranschluss Sieben-Erlen-See	70.000 €	348.700 €
Abwasserverband Kammerforst	306.700 €	423.600 €
Brücke über Hardtgraben		60.000 €
Straße Tiergarten-Nord Erweiterung	280.000 €	210.500 €
Wappen Kreisel REWE		8.300 €

Stadtbahn Planungskosten		30.000 €
Uferweg Beleuchtung		25.900 €
Geräte Fahrzeuge Bauhof		15.000 €
Fahrgastunterstände		355.000 €
Urnenstelen Friedhof Karlsdorf		26.000 €
Erhöhung Stammkapital EB- Wohnbau		73.700 €
Grundstücksmanagement	391.100 €	25.000 €

Eigenbetrieb Wasserversorgung:

Der Wirtschaftsplan 2020 für den Eigenbetrieb Wasserversorgung weist einen Jahresverlust in Höhe von 80.900 € aus.

Das Rechnungsjahr 2018 schloss mit einem Jahresgewinn in Höhe von 195.165,68 € ab, der mit dem Verlustvortrag aus Vorjahren in Höhe von 118.155,98 verrechnet und in Höhe von 77.009,70 € auf das Wirtschaftsjahr 2019 vorgetragen wurde.

Da für das Wirtschaftsjahr 2019 ebenfalls mit einem Gewinn in Höhe von 43.800 € gerechnet wird, hat der Gemeinderat eine Reduzierung des Wasserzinses um 0,36 €/m³ auf 1,34 €/m³ beschlossen

Im Vermögensplan wurden auf der Ausgabenseite 1.000.000 € als 2. Rate für den Bau einer Wasserenthärtungsanlage, 61.500 € für die Erschließung des Gewerbegebietes Tiergarten-Nord Erweiterung, 180.000 € für den Anschluss des Sieben-Erlensees und 10.000 € für neue Wasserhausanschlüsse eingeplant. Des Weiteren wurden 5.300 € für die Betriebs- und Geschäftsausstattung bereitgestellt.

Finanziert werden sollen die Maßnahmen durch eine Kreditaufnahme in Höhe von 1.224.600 €.

Zum Ende des Wirtschaftsjahres würde sich der Schuldenstand von 282 € auf 344 € je Einwohner erhöhen.

Eigenbetrieb Kommunalen Wohnungsbau:

Der Wirtschaftsplan 2020 für den Eigenbetrieb Kommunalen Wohnungsbau weist einen Verlust in Höhe von 108.400 € aus.

Größter Ausgabeposten sind neben den Zinsaufwendungen mit 57.900 € die Unterhaltung der Gebäude in Höhe von 145.700 €.

Die Mieten wurden zum 01.07.2017 bzw. zum 01.04.2018 letztmals allgemein angehoben.

Der Vermögensplan sieht für das Jahr 2020 verschiedene Investitionen in Höhe von 560.700 € vor. Insbesondere die 1. Rate (500.000 € Gesamt: 2,1 Mio. €) für den Neubau eines 19 Familienhauses zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum wäre hier zu nennen.

Für die Investitionen sind Darlehen in gleicher Höhe eingeplant. Planmäßige Tilgungen von Darlehen sind in Höhe von 142.900 € berücksichtigt.

Zur Finanzierung stehen Abschreibungen in Höhe von 69.200 € zur Verfügung.

Unter dem Strich fehlen weitere Finanzierungsmittel in Höhe von 182.100 €, die zum einen als Ausgleich für den Jahresverlust 2020 (108.400 €) von der Gemeinde und zum anderen in Höhe von 73.700 € als Zuführung an die Rücklage eingeplant wurden.

Der Schuldenstand wird sich voraussichtlich von 162 € auf 201 € je Einwohner vermindern.

Am Ende möchte ich Ihnen, den Damen und Herren des Gemeinderats, die auch in diesem Jahr wieder in zahlreichen und intensiven Beratungen mit großem Engagement, Verantwortungsbewusstsein und Weitblick wichtige Weichen für das Wohl der Gemeinde und eine weiterhin positive Gemeindeentwicklung gestellt haben, sehr herzlich danken. Ebenso für das konstruktive und vertrauensvolle Miteinander.

Mein herzlicher Dank gilt ebenso den vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die sich in den Vereinen, Kirchen, Organisationen und Einrichtungen oder privat für andere engagieren, oft auch still und unauffällig, und damit unsere Gemeinde jeden Tag aufs Neue liebenswert und lebenswert machen.

Besonders bedanken möchte ich mich auch bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für mich als Chef der Verwaltung die wertvollste Ressource sind und sich unermüdlich für die Menschen in der Gemeinde einsetzen.

Zum Schluss geht mein besonderer Dank aber an unseren Kämmerer Roland Milani, der heute seinen letzten Haushalt zu Abstimmung stellt. Er hat Jahrzehnte eine hervorragende Arbeit für Karlsdorf-Neuthard geleistet, ist trotz der vielen Zahlen ein sehr sympathischer Mensch geblieben, den wir vermissen werden. Ich freue mich, dass er mit seinem Fachwissen über seine aktive Zeit hinaus dem Gemeindetag als Experte erhalten bleibt.

Ich wünsche Ihnen allen besinnliche Weihnachten, einen guten Start ins neue Jahr und vor allem viel Gesundheit.